



## INHALT

### Wahlkampftour gestartet

# Neuanfang für Deutschland

**Mit zwei Großkundgebungen in Essen und Köln ist die Union in die heiße Wahlkampfphase gestartet.**

In ihrer Rede warf Kanzlerkandidatin Angela Merkel Bundeskanzler Gerhard Schröder Versagen in der Arbeitsmarktpolitik vor und warb für das Regierungsprogramm der Union. „Wir brauchen einen politischen

Wechsel in Deutschland“, forderte Angela Merkel. Am 18. September gehe es „um das Schicksal unseres Landes“. Die Kanzlerkandidatin von CDU und CSU kündigte an, im Fall eines Wahlsieges die soziale Marktwirtschaft „wieder auf Vordermann zu bringen“. Das Land stehe angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen ▶

Bundestagswahl:  
CDU/CSU verschärfen  
Wahlkampf

Seite 4

Dokumentation  
Die Linkspartei ist die  
alte PDS – unglaublich,  
unsozial und rückwärts-  
gewandt!

Innenteil

## HEUTE AKTUELL

■ Wahlkampf tour gestartet: Neuanfang für Deutschland (Seite 1-3) ■ Volker Kauder: Gerhard Schröder – Meister der Bilanzfälschung (Seite 5) ■ Clever wahlkämpfen – mit dem CDU-Mitgliedernetz (Seite 6-7) ■ Schleswig-holsteinische Landesgruppe im Bundestag: Lübecker Erklärung – Maritime Chancen des Ostseeraums nutzen! (Seite 8) ■ Georg Brunnhuber: Staus effektiv bekämpfen (Seite 9) ■ Michael Meister/Ronald Pofalla/Steffen Kampeter: Wissenschaftler mit Haushaltsgutachten beauftragt (Seite 9-19) ■ Katherina Reiche: Rot-Grüne Bildungs- und Forschungsbilanz vernichtend (Seite 10-11) ■ Hartmut Koschyk/Thomas Strobl: Terrorbekämpfung ineffektiv und unverantwortlich (Seite 11-12) ■ Otto Wulff: Von der PDS nicht täuschen lassen (Seite 13) ■ Öffentlichkeitsarbeit (Seite 14-16)

► vor großen Herausforderungen. Die geplante Wahl im September sei eine „Richtungswahl“, die über Deutschlands Zukunft bis zum Jahr 2009 entscheide. „Vorfahrt hat in den nächsten Jahren alles, was Arbeitsplätze schafft“, erklärte Angela Merkel. Dem Kanzler warf sie vor allem Versagen in der Arbeitsmarktpolitik vor. Schröder hatte betont, er habe die Wiederwahl nicht verdient, wenn die Arbeitslosigkeit nicht deutlich sinke. „Genau an diesen Worten muss man ihn messen“, betonte Merkel unter großem Beifall. Täglich gingen 1.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren, 40.000 Firmenpleiten pro Jahr sprechen eine deutliche Sprache. Deshalb seien auch die Finanzreserven der sozialen Sicherungssysteme aufgebraucht. „Wir sind teurer als andere, also müssen wir besser sein als andere. Es muss endlich Schluss sein mit Rot-Grün“, forderte die CDU-Vorsitzende. „Jeder Einzelne muss sich vor dem 18. September fragen: Was wird aus meinem persönli-



chen Leben?“ Einer großen Koalition erteilte die Partei- und Fraktionsvorsitzende eine klare Absage. Deutschland brauche einen „politischen Wechsel“ mit einer bürgerlichen Mehrheit und einer starken Union. Wer – wie einige Bundesminister der SPD – fünfzehn Wochen vor der Bundestagswahl als schönste Variante eine große Koalition an die Wand male, „der hat es doch

IMPRESSUM

The logo for the Union in Deutschland (UID) consists of the letters 'UID' in a bold, white, sans-serif font. The 'U' and 'I' are connected at the top, and the 'D' is separate. The logo is set against a dark background within an orange-bordered box.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



aufgegeben, selber siegen zu wollen“, so ihr Fazit. Darüber hinaus würden Einzelne in der SPD bereits ein Bündnis mit der Linkspartei planen. Dass die Spitzenkandidaten der Linkspartei, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, Deutschland aus der Krise führen könnten, würden aber nicht einmal die Wähler der Linkspartei selbst glauben. Schröder wolle weder ein Bündnis mit der Linkspartei noch eine große Koalition. „Und so, wie sich die Lage darstellt, folgt daraus messerscharf, dass er nach dem 18. September nichts mehr zu sagen hat.“

Die Kanzlerkandidatin warb bei ihren Auftritten in Essen und Köln auch bei der älteren Generation um Verständnis für die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent. Wenn

im Gegenzug die Lohnnebenkosten gesenkt werden können und neue Arbeitsplätze entstehen, dann sei das auch im Interesse der Rentner. Nur durch neue Arbeitsplätze und damit neue Beitragszahler seien die Rentenkassen zu stabilisieren, „denn schon in diesem Herbst werden ihre Renten auf Pump ausgezahlt“. Die CDU-Vorsitzende verwies darauf, dass sich zudem bei Mieten, Lebensmitteln und Kulturgütern bei der Mehrwertsteuer nichts ändere, für diese Güter gelte weiterhin der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent.

Die Kanzlerkandidatin der Union sprach sich zudem für die Einführung von Studiengebühren aus. Wenn jemand 15 oder 16 Semester studiere und eine steuerzahlende Kassiererin im Super-

markt das mitfinanziere, „dann hat das mit Gerechtigkeit nichts zu tun“, sagte Merkel. Man müsse darüber sprechen können, ob Studenten nicht Darlehen über einen längeren Zeitraum zurückzahlen sollen, wenn sie später einen Job annehmen. Schließlich führten Studiengebühren dazu, dass sich die Ausbildung an den Universitäten verbessere.

Deutschland stehe vor gewaltigen Herausforderungen, welche die Anstrengungen aller Menschen benötigen. Deutschland könne sich kein weiteres verlorenes Jahr leisten. Es gehe bei dieser Wahl um klare Alternativen oder „alles so zu lassen wie es ist und zugucken, wie es immer schlechter wird“. „Deutschland braucht den Neuanfang“ – machte Angela Merkel deutlich.

## CDU/CSU verschärfen Wahlkampf

**CDU und CSU werden in der heißen Wahlkampfphase verstärkt auf die Negativbilanz der Bundesregierung hinweisen.**

Die verheerende Bilanz von Rot-Grün werde einer der Schwerpunkte des Wahlkampfes sein, kündigte Generalsekretär Kauder nach einem Strategietreffen der Parteispitzen von CDU und CSU an. Zugleich werde die Union anhand ihres Regierungsprogramms aufzeigen, wie Deutschland aus der Krise geführt werden könne.

„Schröder ist ein virtueller Spitzenkandidat, der nur noch eigene Denkmalpflege betreibt“, betonte Kauder. Längst planten die Sozialdemokraten die Zeit nach Schröder. In diesem Zusammenhang zitierte der Generalsekretär ein aktuelles Interview mit Forsa-Chef Manfred Güllner. Danach räumt der Meinungsforscher dem Kanzler keine Chance mehr bei der geplanten Bundestagswahl ein. Denkbar sei ein Ergebnis für die SPD von „maximal 33 Prozent“, so Güllner in der „Zeit“. Umfragen würden ergeben, dass die rot-grüne Koalition keine Chance mehr habe, durch den Wähler bestätigt zu werden. In jeder anderen Parteienkostellatation aber werde



CDU-Generalsekretär Volker Kauder und CSU-Generalsekretär Markus Söder

Schröder nicht mehr Kanzler sein. Die SPD verschweige also, wer sie nach dem Wahltagsführer und obsie nicht doch eine Koalition unter Einschluss der Linkspartei eingehen, so Kauder.

Die Wählerinnen und Wähler im Land müssten wissen, dass es am 18. September um eine Schicksalswahl gehe. Konkret gehe es um die Frage, ob Deutschland mit der Union eine echte Chance auf einen Wiederaufstieg habe oder ob alles beim rot-grünen Trott bleibe. Zudem müsse sich jeder Einzelne fragen, ob er das „Risiko von Rot-Rot-Grün“ eingehen wolle oder ob er einer „starken und stabilen Regierung den Vorzug“ gebe. Alles, was der Kanzler derzeit dazu erzähle, spiele nach der Wahl keine Rolle mehr, da er dann nicht mehr da sei. Kauder er-

innerte an das Beispiel Berlin: Wowereit sei zunächst eine große Koalition eingegangen, um bei der ersten besten Gelegenheit das Bündnis aufzukündigen und eine rot-rote Regierung zu bilden.

Des Weiteren erklärte der Generalsekretär, dass die CDU in den neuen Ländern die „stärkste politische Kraft“ werden wolle. „Daran werden wir in den nächsten Wochen alles setzen“, fügte er hinzu. Außerdem werde die Union offen legen, dass die SPD einen „Wahlkampf der Unwahrheiten, einen Wahlkampf der Lügen“ führe. Inzwischen habe die CDU den Kanzler zum zweiten Mal dabei „erwischt, dass er mit falschen Zahlen“ agiere. Zugleich verwies Kauder mit Blick auf die Haushaltsrisiken auf eine sich anbahnende „Haushalts-Lüge“.

# Gerhard Schröder – Meister der Bilanzfälschung

Die letzten Tage haben mehr als deutlich gezeigt: Kanzler Schröder versucht mit bewusster Bilanzfälschung sein komplettes Versagen zu übertünchen.

Zuerst „verrechnete“ er sich beim Thema Arbeitslosigkeit: Im ARD-Sommerinterview behauptete Schröder, dass Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa habe. Tatsache ist: Deutschland steht bei der Jugendarbeitslosigkeit nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union lediglich an siebter Stelle. In insgesamt sechs europäischen Ländern sind weniger Jugendliche arbeitslos als bei uns.

Das war bereits das zweite Mal innerhalb weniger Tage, dass Schröder beim Thema Arbeitslosigkeit mit falschen Zahlen agiert. Seine Aussage wenige Tage zuvor, die Arbeitslosigkeit sei heute niedriger als 1998, war bereits eine bewusste Irreführung der Wähler. Jetzt versucht er auch noch, sein Versagen bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit schönzureden. Dieser Kanzler hat es in der Tat nicht verdient, wieder gewählt zu werden.



Generalsekretär Volker Kauder

Nächste TV-Sendung, nächste Lüge: In der Sendung „Münchner Runde“ behauptete Schröder: „Wir sind hergegangen und haben gesagt, die Krankenkassen sind hochgradig verschuldet, wir müssen das in Ordnung bringen. Und sie sind nicht mehr verschuldet.“

Das ist falsch. Fakt ist: Die Verschuldung der gesetzlich-

chen Krankenkassen lag laut Bundesgesundheitsministerium Anfang 2005 bei rund vier Milliarden Euro. Angesichts steigender Arzneimittelkosten ist ein Abbau der Verschuldung der Krankenkassen auch weiterhin nicht in Sicht.

Ähnlich wie bei den Arbeitslosenzahlen versucht Schröder offensichtlich auch in der Gesundheitspolitik, das Versagen seiner Regierung durch Angabe falscher Zahlen bewusst zu kaschieren. Die Leidtragenden dieser verlogenen Politik sind die fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland. Nach einer Regierungsübernahme werden wir alles dafür tun, dass auch Jugendliche in diesem Land wieder eine Chance erhalten.

## WAHLFAKTEN.DE

Alle Behauptungen Gerhard Schröders im ARD-Sommerinterview und in der „Münchner Runde“ sowie die Argumente der Union finden Sie im Archiv unter <http://www.wahlfakten.de>

The screenshot shows the website 'wahlfakten.de' with a navigation bar including 'CDU'. The main content area features several news items:

- Schröder**: A headline about Schröder's statements on unemployment, mentioning a 1.5% increase in unemployment in August 2005.
- Fakt**: A section titled 'Wahlfakten' providing context on Schröder's statements.
- "Münchner Runde" ist geschieden**: A headline about the end of the 'Munich Round' discussion.
- Neue Zahl**: A headline about a new figure for the health insurance system.
- Das ist falsch**: A headline stating that Schröder's claim that health insurance is no longer indebted is false.

# Clever wahlkämpfen – mit dem CDU-Mitgliedernetz

[www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)



Alle politisch Engagierten kennen aus der tagespolitischen Berichterstattung das öffentliche Internetangebot der CDU Deutschlands. Unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de) findet man neben der Tagespolitik umfangreiche Informationen rund um die Partei von allen wichtigen Beschlüssen bis zur Fotodatenbank.

Für die parteipolitische Arbeit – vor allem im Wahlkampf – strategisch

Hauptseite cdunet

noch wichtiger ist das interne Angebot, das sich gezielt nur an die Parteimitglieder richtet. Den Kern bildet das Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de).

Der Weg ins Mitgliedernetz ist ganz einfach. Tragen Sie die Internetadresse <http://www.cdunet.de> in Ihr Internetprogramm ein. Wenn Sie sich das erste Mal im Mitgliedernetz einwählen, geben Sie im ersten Feld Ihren Nachnamen und im zweiten Feld Ihre Mitgliedsnummer ein. Geben Sie einfach alle 10 Zahlen Ihrer Mitgliedsnummer ohne Leerzeichen und ohne Bindestriche ein. Betätigen Sie ihre Eingaben mit der Schaltfläche „anmelden“. Danach füllen Sie bitte das Registrierungsformular aus und folgen den Anweisungen auf dem Bildschirm.

In das CDUNet kann sich

## Navigationspunkt: Kampagne 2005

Das NEUE Mitgliedernetz

Home Partei Info Service Interaktive Kandidat **Kampagne 2005**

Sie befinden sich hier: Home / Kampagne 2005

**Argumente**

**Vom Regierungsprogramm bis zur Argu-Karte: Wissen für den Wahlkampf**

Hier finden Sie Argumente für die politische Auseinandersetzung. Dazu zählen das Regierungsprogramm und ergänzende Materialien, Argumentationskarten für alle Politikbereiche und eine Vielzahl von Wahlprüfsteinen.

**weiter »**

**Naturalien**

**Get gerüstet ist halb gewonnen: Auf die Ausstattung kommt's an!**

Sie suchen eine Broschüre zum Außenpolitik oder zur Inneren Sicherheit? Sie brauchen ein aktuelles Flugblatt für den nächsten Wahlkampf? An dieser Stelle finden Sie diese und weitere Wahlkampf-Materialien.

**weiter »**

**DRUCK PORTAL**

Über das Druckportal der CDU können Sie online Druckerspezifische und andere Produkte bestellen.

**Zum Druckportal der CDU**

**BILD DATEN BANK**

Hier finden Sie Bilder zum Download in Druckqualität

jedes Parteimitglied nach der Eingabe seiner individuellen CDU-Mitgliedsnummer einwählen. Für den Wahlkampf besonders interessant sind die Navigationspunkte „Kampagne 2005“ und „Kandinet“.

Ein Klick auf den Navigationspunkt „Kampagne

2005“ und Sie finden alles Wichtige auf einen Blick. In der Unterrubrik „Argumente“ finden Sie Argumente für die politische Auseinandersetzung. Dazu zählen das Regierungsprogramm und ergänzende Materialien, Argumentationskarten für alle Po-

## Navigationspunkt: KandiNet

Das NEUE Mitgliedernetz

Home Partei Info Service Interaktive Kandidat **Kampagne 2005**

Sie befinden sich hier: Home / KandiNet

**Aktuelles**

**Informationen des Kandidatenservice / Adressierung**

Hier finden Sie alle aktuellen Informationen des Kandidatenservice (z.B. Fototermine, Infomails etc.), Ansprechpartnern für alle Fragen des Kandidatenservice ist Frau Rita Wildberger (r.wildberger@cdudpa.de). Unter der Nummer 030/200 70-233 ist die Kandidaten-Hotline geschaltet. Diese Rufnummer ist mit einem Anrufbeantworter oder Rufweiterleitung kombiniert. Zeitgleich ist der Kandidatenservice über die Rufnummer 030/200 70-360 und über die Handy-Nummer 0151/12 50 59 16 erreichbar. Beachten Sie bitte auch das Serviceangebot unter „Kampagne 2005“. Dort finden Sie z.B. das Handbuch zur Bundestagswahl, Flugblätter, Argumente und weitere Materialien.

- [Kandidatenservice zur Bundestagswahl 2005 \(19.03\)](#)
- [Kandidatenservice und Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2005 \(19.03\)](#)
- [Adressen des Bundeswahl 2005: Nutzertypen für Landesverbände \(128.03\)](#)
- [Adressen des Bundeswahl 2005 \(111.03\)](#)
- [Adressen des Bundeswahl 2005: Bundestagswahl 2005 \(149.03\)](#)
- [Mail an die Kandidaten \(19.07/19.08.03\)](#)
- [Mail an die Kandidaten \(19.07/19.08.03\)](#)

**DRUCK PORTAL**

Über das Druckportal der CDU können Sie online Druckerspezifische und andere Produkte bestellen.

**Zum Druckportal der CDU**

**BILD DATEN BANK**

Hier finden Sie Bilder zum Download in Druckqualität

litikbereiche und eine Vielzahl von Wahlprüfsteinen. Sie suchen eine Broschüre zur Außenpolitik oder zur Inneren Sicherheit? Sie brauchen ein aktuelles Flugblatt für den nächsten Wahlkampfstand? Einfach in die Unterrubrik „Materialien“ klicken. Hier werden Sie fündig. Vom Kugelschreiber bis zur Jacke: Werbemittel sind ein wichtiger Bestandteil des modernen Wahlkampfes. In der Unterrubrik „Werbemittel“ erhalten Sie einen Überblick über alle Werbemittel. Außerdem finden Sie hier auch alle Bestellscheine und einen Link zu unserem e-Shop. Im Wahlkampf gibt es vieles zu beachten – von der richtigen Wähleransprache bis zur Budgetplanung. In der Unterrubrik „Informationen/Leitfäden“ erhalten Sie umfassende Infos rund um den Wahlkampf. Besonders ein Blick in unser Handbuch zur Bundestagswahl lohnt sich. Der online-Wahlkampf darf natürlich nicht fehlen. In der Unterrubrik „Internet“ finden Sie Interessantes und Nützliches für den Online-Wahlkampf.

Für Kandidaten besonders wichtig sind die Infos in der Rubrik „Kandinet“. Hier finden die Kandidaten und ihre Wahlkampfteams alle aktuellen Informationen rund um den Kandidatenservice, wie z.B. Fototermine, Infomails etc.

Lübecker Erklärung:

# Maritime Chancen des Ostseeraums nutzen!

**Mit dem Beitritt von Polen, Litauen, Lettland und Estland im Jahr 2004 begann auch für die Ostsee-Kooperation eine neue Epoche.**

Dieser Raum gehört mit seinen 50 Millionen Einwohnern und einem Einzugsgebiet von 300 Millionen Menschen (Mitgliedstaaten des Ostseerates) zu einer der dynamischsten Regionen in der EU. Unser Land exportiert in den Ostsee-Raum mehr Güter und Dienstleistungen als in die USA und nach Japan zusammen. Aber weder in einer der zahlreichen Regierungserklärungen des Bundeskanzlers noch im rot-grünen Wahlmanifest findet diese Wachstumsregion Beachtung.

Während andere Ostsee-Anrainer zum Teil zweifelhafte Wachstumsraten verzeichnen, stagniert der Anteil Deutschlands nicht nur, sondern ist in einigen Branchen sogar rückläufig. Es fehlt an einer europäischen Meerpolitik ebenso wie an einem Konzept der rot-grünen Bundesregierung zu einer Ostsee-Offensive.

In vielen Bereichen der Ostseekooperation gilt es noch Hindernisse zu über-



Wolfgang Börnsen ist Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

winden, wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit müssen noch geschaffen werden. In wesentlichen Fragen herrscht noch Unklarheit:

- Ausrichtung eines Energieverbands rund um die Ostsee
- Vernetzung des See-, Bahn-, Luft- und Autoverkehrs im Anrainer-Verbund
- Stellenwert und Realisierung der von der EU vorgesehenen ringförmigen Ostsee-Autobahn
- Sicherheitsmaßnahmen für Häfen und Schiffsverkehr gegen terroristische Angriffe
- Einrichtung einer nationalen deutschen Küsten-

wache unter Einbindung der Bundesmarine

- Bedingungen für die Kooperation der über 100 Universitäten/Hochschulen/Institute in einem Forschungs- und Wissenschaftsverbund
  - Maßnahmen gegen die problematischen russischen Schiffstransporte und in der Ostsee versenkten Atom-U-Boote
  - Einrichtung eines direkten deutschen Förderprogramms zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ostseeraum.
- Deutschland muss wieder Anschluss an die erfolgreiche Wachstumsentwicklung finden. Nur wenn auf nationaler, aber besonders auch auf europäischer Ebene die richtigen Impulse gesetzt werden, lassen sich die enormen Chancen nutzen.

Den vollständigen Wortlaut der „Lübecker Erklärung“ der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein finden Sie online unter <http://www.wolfgang-boernsen.de>



## Staus effektiv bekämpfen

Jedes Jahr das gleiche Spiel: Die Menschen freuen sich auf ihren wohlverdienten Urlaub. Auf der Autobahn dann die erste Ernüchterung. Kilometerlange Staus machen den Weg ans Reiseziel zur Strapaze. Die schönsten Tage des Jahres beginnen immer häufiger mit Stress auf der Autobahn.

Hintergrund ist meist die schlechte Qualität des Straßennetzes. Tempolimits und Gefahrenschilder prägen inzwischen das Bild auf deutschen Autobahnen. Die Instandhaltungsdefizite haben ein Ausmaß erreicht, dass von einer echten Instandhaltungskrise gesprochen werden kann. Mit anderen Worten: Deutschland lebt von der Substanz, das Volksvermögen Straße verkommt. In der Folge erhöht sich auch die Unfallhäufigkeit in den Nadelöhren der schlecht ausgebauten Straßen, was wieder neue Staus mit sich bringt.

Eine der zentralen Gestaltungsfragen der Zukunft unseres Landes ist deshalb der Erhalt und die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und damit die Sicherung von Mobilität und Wachstum. Die Union wird bei einer Re-



Georg Brunnhuber

gierungsübernahme dafür sorgen, dass die Einnahmen aus der seit 1. Januar 2005 fließenden Lkw-Maut nicht wie bisher im allgemeinen Haushalt versanden, sondern unmittelbar einer unabhängigen Finanzierungsgesellschaft zur Verfügung stehen. Nur so ist auch gewährleistet, dass die Mittel kein Spielball der Haushaltspolitik mehr sind. Eine unabhängige Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft, die nach Maßgabe des Bundesverkehrswegeplans über anstehende Baumaßnahmen entscheidet und dabei auch verstärkt Öffentlich-Private Partnerschaften nutzt, ist das Gebot der Stunde.

Ganz nach dem Motto „Straße finanziert Straße“ wollen wir die Gelder aus der Lkw-Maut dafür verwenden, Bundesautobahnen dreispurig auszubauen, die Anwohner in Städten und Gemeinden durch den verstärkten

Bau von Umgehungsstraßen vom Verkehr zu entlasten und somit dem Stau auf deutschen Straßen den Kampf ansagen.

**Georg Brunnhuber** ist der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Wissenschaftler mit Haushaltsgutachten beauftragt

**Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel reden die Lage der öffentlichen Finanzen schön. Wie vor der Bundestagswahl 2002 versuchen sie erneut die Bürgerinnen und Bürger über den desolaten Zustand des Bundeshaushalts zu täuschen.**

Damals wurde die Verletzung des europäischen Stabilitätspakts und der Verschuldungsgrenze in Art. 115 GG bis zur Bundestagswahl bewusst in Abrede gestellt. Erst nach der Wahl wurde die ganze Wahrheit offenbart.

Deshalb wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den renommierten Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Clemens Fuest beauftragen, ein wissenschaftliches Gutachten zu erstellen, das die bestehende Situation und langfristige Tragfähig-

keit des Bundeshaushalts analysiert.

Die bislang bekannten Fakten über die Entwicklung der Bundesfinanzen in den letzten sieben Jahren und die sich für 2005 abzeichnende Situation zeigen ein katastrophales Bild:

- seit 2002 verstößt der Bundeshaushalt gegen die Verschuldungsgrenze des Grundgesetzes in Art. 115,
- seit 2002 trägt die Neuverschuldung des Bundes maßgeblich dazu bei, dass der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt und damit europäisches Recht verletzt wird,
- seit 1998 stieg die Bundesschuld um über 160 Mrd. € an,
- seit 1998 wurden Bundesvermögen privatisiert und Forderungen verkauft in einem Volumen von über 110 Mrd. €,
- laufende Ausgaben überstiegen im Zeitraum 1998 bis einschließlich 2005 die regelmäßig fließenden Steuereinnahmen um 270 Mrd. €,
- allein im Haushalt 2005 werden die laufenden Ausgaben die regelmäßigen Einnahmen um 55 bis 60 Mrd. € übersteigen, bislang gedeckt durch Neuverschuldung und Privatisierungserlöse bzw. Forderungsverkäufe,
- erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wer-



Michael Meister



Ronald Pofalla



Steffen Kampeter

den in diesem Jahr die Ausgaben für soziale Sicherung, Personal und Zinsen höher als die Steuereinnahmen sein,

- bereits heute muss jeder fünfte Steuer-Euro für Zinszahlungen ausgegeben werden und das bei einem historisch niedrigen Zinsniveau,
- die Zinszahlungen im Bundeshaushalt sind mittlerweile fast doppelt so hoch wie die Investitionsausgaben.

Prof. Dr. Clemens Fuest ist Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Direktor des Finanzwirtschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln. Er ist zudem Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium der Finanzen.

**Michael Meister** und **Ronald Pofalla** sind stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Steffen Kampeter** ist der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss.

## Rot-grüne der Bildungs- und Forschungsbilanz vernichtend

Die bildungs- und forschungspolitische Bilanz von Rot-Grün ist katastrophal. Während die Grünen wichtige Zukunftstechnologien in Deutschland wie die Bio- und Gentechnik, die Forschung in der Kerntechnik oder die Nanotechnologie blockiert haben, hat Bundesministerin Bulmahn in Grabenkriegen mit den Ländern Fortschritte in der Hochschulpolitik verzögert und Bundesminister Clement die Technologieförderung als Spardose seines Haushaltes benutzt.

Die Regierung Schröder ist 1998 angetreten, die Ausgaben für Forschung zu verdoppeln. 7 Jahre später ist daraus eine Kürzung geworden. Bis 2004 hat die Bundesregierung die Forschungsmittel um 7,74% erhöht. Bei einer Inflationsrate von 8,4%

ist dies eine reale Kürzung. Über diesen Misserfolg können die willkürlich zusammengestellten Teilrechnungen von Frau Bulmahn nicht hinwegtäuschen.

Der Forschungspolitik von Rot-Grün fehlt jede Strategie. Die Energieforschung ist auf vier Ministerien zersplittert, deutsche Stärken werden verspielt. Obwohl die deutsche Fusionsforschung weltweit führend ist, wird ihr Anteil im Energieforschungsprogramm heruntergefahren.

Die rot-grüne Hochschulpolitik der letzten Jahre hieß Abschaffung der Habilitation und Verbot von Studienbeiträgen. Mit beiden Vorhaben ist die Bundesregierung kläglich vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Den Hochschulen fehlen heute rund 3 bis 4 Mrd. Euro jährlich, davon 1 Mrd. Euro für die Lehre und 1 Mrd. Euro für Investitionen und die Sanierung der Hochschulbauten. Der Investitionsstau ist verschuldet durch Kürzungen der Bundesmittel für den Hochschulbau um über 20% seit 2002.

Das Bestreben der Bundesregierung, in den Schulbereich einzugreifen, ist gescheitert. Die PISA-E-Ergebnisse haben eindeutig gezeigt, dass in den unionsregierten Ländern gute Bildungspolitik gemacht wird.



Katherina Reiche

Zudem floppt das Ganztagschulprogramm. Die beim Programmstart angekündigten 10 000 Ganztagschulen sind nicht in Sicht. Nach 2 Jahren sind erst 460 Mio. Euro des 4 Mrd.-Programms verbaut.

Auch die Berufsbildungsnovelle kam zu spät (April 2005) und greift zu kurz. Ende Juli 2005 fehlten für das im September beginnende Ausbildungsjahr immer noch 169.000 Lehrstellen.

Ein Neuanfang in der Bildungs- und Forschungspolitik ist überfällig. Gefordert sind u.a.:

- Rückkehr zu einer soliden Forschungsförderung.

CDU und CSU werden die jährlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung zusätzlich um 1 Mrd. Euro erhöhen;

- weg mit innovationsfeindlichen Regelungen, z.B. grundlegende Überarbeitung des Gentechnikgesetzes;

- Unterstützung des forschenden Mittelstands, Mobilisierung von Venture-Capital für High-Tech-Gründungen über eine Public-Private Partnership-Offensive;

- Optimierung des deutschen Forschungssystems durch engere Vernetzung von Hochschulen, außeruniversitären Forschungsinstituten und Wirtschaft.

- neue Perspektiven für die Berufliche Bildung.

- vollständige Modularisierung der Ausbildungsgänge,

- Flexibilisierung der Ausbildungsvergütungen und Vorrang für betriebliche Bündnisse für Ausbildung.

**Katherina Reiche** ist die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Terrorbekämpfung ineffektiv und unverantwortlich

**Die Schily-Show zur angeblichen Effektivität seiner Terrorabwehr ist unverantwortlich. Innenminister Schily ist ein guter Schauspieler, mehr nicht.**

Die Terrorismusabwehr ist bei ihm nicht in guten Händen. Es ist schon eine krasse Fehlleistung und entlarvt seine Presseauftritte als reine Show, dass er und die Chefs seiner Sicherheits-

behörden auf Nachfrage keine einzige Fallkonstellation benennen konnten, in der die Sicherheitsbehörden einen Fall hätten aufklären können, der ohne „sein“ Anti-Terror-Zentrum nicht hätte aufgeklärt werden können. Das Terrorabwehrzentrum ist entgegen seiner Aussagen nicht effektiv.

Die Schily-Behauptung, die Terrorismusbekämpfung sei durch das von ihm geschaffene Zentrum erst effektiv geworden, ist unzutreffend. Weiter arbeiten 40 eigenständige Bundes- und Landesbehörden, die originär mit der Bekämpfung des Terrorismus befasst sind, nebeneinander her, ohne im notwendigen Umfang miteinander zu kommunizieren. Das

in Treptow eingerichtete Terrorismuszentrum wird den sicherheitspolitischen Notwendigkeiten nicht gerecht. Wesentlicher Schwachpunkt ist hier vor allem die nicht ausreichend vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Ländern.

Schilys Vorstellungen zur Anti-Terror-Datei sind unbrauchbar.

Auch Schilys Ausführungen zu der von der Union geforderten Anti-Terror-Datei sind wenig überzeugend. Obwohl die Einrichtung einer gemeinsamen Datei aller mit der Terrorbekämpfung befassten Sicherheitsbehörden seit dem 9.11. 2001 gefordert wurde, ist von Schily bis heute nichts Durchschlagendes geschaffen worden. Entgegen den Vorstellungen der Länder, die eine Volltextdatei für unverzichtbar halten, beharrt Schily eigensinnig ohne nachvollziehbare Sachargumente auf seiner Position der Einrichtung einer reinen Indexdatei. Vor dem Hintergrund der eindeutigen Positionen der Fachleute ist das unverantwortlich, denn damit ist eine wirkungsvolle Terrorbekämpfung nicht möglich.



Hartmut Koschyk



Thomas Strobl

Wenn Minister Schily nur einen Funken Durchsetzungsvermögen hätte, hätte er den Sicherungsgewährsam schon vor einem Jahr im Zuwanderungsgesetz haben können, wo er auch hingehört. Es bleibt dabei: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit zwei Gutachten eine tragfähige Grundlage für ein geordnetes Gesetzgebungsverfahren vorgelegt, darauf sollte er sich einlassen. Jetzt heißt es konkret werden!

Letztlich haben wir bei den öffentlichen Auftritten des Innenministers immer dasselbe erlebt: Stark in der Ankündigung, und dann kommt nur noch heiße Luft.

Die Terrorbekämpfung ist zu ernst für Schauspielerien, Herr Minister.

**Hartmut Koschyk** ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Thomas Strobl** der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuss des Deutschen Bundestages.

## SERVICEPUNKT

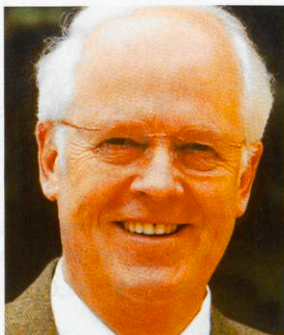
### ■ 7 Jahre Rot-Grün: 7 verlorene Jahre für Deutschland Abschlussbilanz der Regierung Schröder

Download als PDF-Dokument auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de).  
Oder als Printprodukt: Bestellung auf [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de), Navigationspunkt „Kommunikation“, Rubrik „Broschüren“.

## Von der PDS nicht täuschen lassen!

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands wird sich im Bundestagswahlkampf nach den Worten ihres Vorsitzenden Otto Wulff „auf allen Ebenen“ insbesondere auch der Diskussion über Ziele und Vergangenheit der in „Linkspartei“ umfirmierten kommunistischen PDS stellen.

„Es ist vor allem Aufgabe unserer Generation, der über 60-jährigen, die noch Verfolgung und Unterdrückung am eigenen Leib erfahren haben, die Tricks und Täuschungsmanöver dieser Gruppierung zu entlarven“, sagte Wulff. „Diese Partei hat es schon unter den unterschiedlichsten Namen gegeben: KPD, SED, PDS – und sie hat als Spalterpartei Millionen Menschen durch Stacheldraht, Schießbefehl und Mauer die Freiheit genommen. In der Linkspartei gibt man vor, die Ideologie über Bord geworfen zu haben, doch ihre Führungskader sind Ideologen geblieben. Wieder werden Künstler und Intellektuelle zunächst umworben und gehätschelt, hernach aber in den sozialistischen Realismus hineingepürgelt. Übrig bleibt dann eine Kultur der Einöde, der Drohung und der Zensur.“



Otto Wulff

Wulff forderte die Sendeanstalten auf, sich nicht mehr durch Gysi und Lafontaine bei unkritischer Moderation instrumentalisieren zu lassen. „Die PDS als Nachfolgepartei der SED hat den Osten Deutschlands 1989 in den Staatsbankrott geführt. Nahezu alle Probleme, unter denen dort die Bevölkerung leidet, sind eine direkte Folge sozialistischer Misswirtschaft und Unterdrückung. Ich fordere deshalb Herrn Gysi, meinerwegen gemeinsam mit Herrn Lafontaine, zu einem direkten Fernsehduell heraus!“

Die Generation der über 60-jährigen, so Wulff, habe in der früheren DDR mehr als 40 Jahre unter Willkür, Bespitzelung und der Teilung gelitten. „Millionen von Familien sind in diesen Jahrzehnten auseinander geris-

sen und schikaniert worden. Die Protagonisten der PDS können das nicht mit dem Hinweis auf einzelne ‚Fehler‘ nachträglich entschuldigen. Es waren keine Fehler, sondern systemimmanente, bewusste Handlungen, die für Ost und West ein für allemal der Vergangenheit angehören müssen.“

Auch von der eigenen Partei forderte Wulff einen „offensiveren“ Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit der PDS-„Linkspartei“. So wird die PDS immer mit Verfolgung, Mauer und Stacheldraht in Verbindung gebracht werden. Das ändern auch keine neuen Etiketten oder Überläufer wie Lafontaine.“

Unter [www.senioren.cdu.de](http://www.senioren.cdu.de) erhalten Sie nicht nur Informationen über die Politik der CDU für Senioren, sondern erfahren auch etwas über die Möglichkeiten, aktiv an einem Politikwechsel in Deutschland mitzuwirken. Helfen Sie mit, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht und die Interessen der Senioren dabei gewahrt werden.





### Broschüre Dr. Angela Merkel

Bestell-Nummer: **5942**  
 Preis je 100 Stück: **10,30 €**  
 inkl. MwSt.: 11,02 €



### Kurzfassung Regierungsprogramm

Bestell-Nummer: **5266**  
 Preis je 100 Stück: **8,70 €**  
 inkl. MwSt.: 9,30 €



### Deutschlands Chancen nutzen. Regierungsprogramm 2005-2009

Bestell-Nummer: **5245**  
 Preis je 50 Stück: **22,00 €**  
 inkl. MwSt.: 23,54 €

### Leporello Briefwahl

Bestell-Nummer: **2263**  
 Preis je 100 Stück: **4,00 €**  
 inkl. MwSt.: 4,28 €



### Leporello Erstwähler

Bestell-Nummer: **2264**  
 Preis je 200 Stück: **12,50 €**  
 inkl. MwSt.: 13,38 €



### Argumentationskarten

31 Karten zu einem Block gebündelt

Bestell-Nummer: **2267**  
 Preis je 20 Blöcke: **24,00 €**  
 inkl. MwSt.: 25,68 €



# UID

UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.



## Bundesligaplaner 2005/2006

Alle Hin- und Rückrundenspiele auf einen Blick

Bestell-Nummer: **9170**

Preis je 100 Stück: **15,00 €**

inkl. MwSt.: 17,40 €

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de